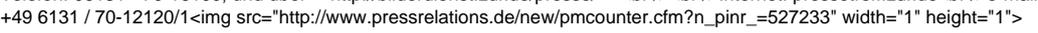




ZDF-Politbarometer März II 2013

ZDF-Politbarometer März II 2013
Eurokrise: Angst um Ersparnisse nimmt zu K-Frage: Merkel weiterhin mit großem Abstand vor Steinbrück
Eurokrise: Die Eurokrise ist zurück im Bewusstsein: Zum ersten Mal in diesem Jahr wird sie als das bei weitem wichtigste Problem in Deutschland genannt. Vor dem Hintergrund der Lage in Zypern gehen 64 Prozent der Befragten davon aus, dass sich die Eurokrise eher verschärfen wird, 9 Prozent rechnen mit einer Abschwächung, und 24 Prozent erwarten keine großen Änderungen (weiß nicht: 3 Prozent). Im Zusammenhang mit der Eurokrise sagen jetzt 49 Prozent, dass sie Angst um ihre Ersparnisse haben, 39 Prozent haben keine Angst und 11 Prozent nach eigenen Angaben keine Ersparnisse. Die Besorgnis ist damit im Vergleich zum Juni des vergangenen Jahres angestiegen, damals äußerten 39 Prozent solche Befürchtungen, 46 Prozent teilten sie nicht (keine Ersparnisse: 14 Prozent). Ungeachtet dessen glauben 63 Prozent, dass in Deutschland Spareinlagen sicher sind, gut ein Drittel (34 Prozent) bezweifelt dies (weiß nicht: 3 Prozent).
Politbarometer-Projektion: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU auf 40 Prozent (minus 1) und die SPD auf 29 Prozent (plus 1). Die Grünen blieben konstant bei 14 Prozent, ebenso unverändert die Linke bei 7 Prozent und die FDP bei 4 Prozent. Die Piraten erreichten 3 Prozent und die sonstigen Parteien zusammen ebenfalls 3 Prozent. Neben einer großen Koalition hätte damit nur eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen oder aus SPD, Grünen und Linke eine Mehrheit.
K-Frage: Bei der Frage, wen die Deutschen nach der Bundestagswahl im September lieber als Kanzler/in hätten, verfügt Angela Merkel weiterhin über einen sehr großen Vorsprung vor dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. 60 Prozent wünschen sich Merkel (März I: 62 Prozent) und 29 Prozent Steinbrück (März I: 27 Prozent) in diesem Amt, 11 Prozent äußern sich nicht (März I: 11 Prozent). Noch klarer fällt die Erwartungshaltung aus: Gut drei Viertel der Befragten (76 Prozent) und Mehrheiten in allen Parteienanhängerschaften glauben, dass Angela Merkel wieder Kanzlerin wird, nur 14 Prozent setzen auf Peer Steinbrück (weiß nicht: 10 Prozent).
Bundestagswahl: Allerdings ist mit 58 Prozent für die meisten Befragten wichtiger, welche Parteien nach der Wahl die Regierung stellen, für 31 Prozent ist ausschlaggebend, wer Kanzler/in wird (weiß nicht: 11 Prozent). Während für die Anhänger von SPD (74 Prozent), Linke (74 Prozent), Grünen (77 Prozent) und Piraten (75 Prozent) hier klar der Partei- und Koalitionsaspekt im Mittelpunkt steht, ist für die Anhänger der CDU/CSU mit 43 Prozent überdurchschnittlich häufig die Person des Kanzlers wichtiger.
Koalitionsbewertung: Die meiste Zustimmung erfährt mit 52 Prozent eine Koalition aus CDU/CSU und SPD, sie wird nur von 29 Prozent abgelehnt (egal: 18 Prozent). Eine Koalition aus SPD und Grünen bewerten ebenfalls mehr Befragte gut (42 Prozent) als schlecht (35 Prozent; egal: 20 Prozent). Alle anderen Koalitionsmodelle stoßen jeweils auf mehrheitliche Ablehnung: CDU/CSU/Grüne: 34 Prozent gut und 38 Prozent schlecht; CDU/CSU/FDP: 26 Prozent gut und 48 Prozent schlecht; SPD/Grüne/Linke: 19 Prozent gut und 63 Prozent schlecht; SPD/Grüne/FDP: 13 Prozent gut und 60 Prozent schlecht (Rest zu 100 Prozent jeweils "egal" bzw. "weiß nicht").
Top Ten: Die Liste der zehn wichtigsten Politikerinnen und Politiker wurde von den Befragten neu zusammengestellt, wieder dabei ist jetzt Verteidigungsminister Thomas de Maizière, nicht mehr vertreten ist der Grüne-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin. Platz eins der Top Ten nimmt weiterhin Bundeskanzlerin Angela Merkel ein, die sich mit einem Durchschnittswert von 1,9 (März I: 2,2) auf der Skala von +5 bis -5 verschlechtert. Danach folgen Wolfgang Schäuble mit 1,5 (März I: 1,4), Thomas de Maizière mit 1,1 und Frank-Walter Steinmeier mit 1,0 (März I: 0,9). Ursula von der Leyen kommt unverändert auf 0,7, Horst Seehofer auf 0,6 (März I: 0,4), Sigmar Gabriel auf 0,4 (März I: 0,3) und Peer Steinbrück auf 0,1 (März I: 0,0). Am Ende des Rankings liegen nach wie vor Guido Westerwelle mit minus 0,3 (März I: minus 0,5) und Philipp Rösler mit minus 1,2 (März I: minus 1,1).
Bundespräsident: Einen wesentlich besseren Imagewert als die Politiker auf der Top-Ten-Liste erhält mit 2,7 Bundespräsident Joachim Gauck, der jetzt seit gut einem Jahr im Amt ist. Eine große Mehrheit von 85 Prozent der Deutschen stellt ihm ein gutes Zeugnis aus, nur 6 Prozent meinen, er mache seine Sache eher schlecht (weiß nicht: 9 Prozent).
Papst: Mit dem neuen Papst Franziskus, dessen Wahl 49 Prozent der Befragten gut und 6 Prozent schlecht finden (kein Urteil: 45 Prozent), erwarten 19 Prozent für die katholische Kirche in Deutschland eher einen Ansehensgewinn, 3 Prozent eher einen Ansehensverlust, und 41 Prozent meinen, es werde sich nicht viel ändern (kein Urteil: 37 Prozent).
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 19. bis 21. März 2013 bei 1296 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteiateil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteiateil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 42 Prozent, SPD: 31 Prozent, FDP: 2 Prozent, Linke: 6 Prozent, Grüne: 13 Prozent, Piraten: 3 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 12. April 2013.
<http://twitter.com/ZDF>
Fotos sind erhältlich über die ZDF-Pressestelle, Telefon: 06131 - 70-16100, und über <http://bilderdienst.zdf.de/presse/>
Internet: pressetreff.zdf.de
e-mail: presse@zdf.de
Fon: +49 6131 / 70-12120/1


Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

presse@zdf.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage